

Nochmals: Zur US-Verfassungswidrigkeit der Wahlen zum *Electoral College* wie auch der Wahlen des Präsidenten durch die Wahlmänner

Mag. Arthur H. Lambauer (2023)

I. Die Volkswahlen zum *Electoral College*

Um die US-Verfassungswidrigkeit der Briefwahlen zum *Electoral College*, den Wahlmännern, die den US-Präsidenten wählen, zu erkennen, müssen wir zunächst einen Blick auf Artikel I/4 der US-Verfassung (US-C) werfen; er ist Urbestand aus 1787 und lautet in seinem ersten Unterabschnitt, wie folgt:

SECTION. 4. 1 The Times, **Places** and Manner of holding Elections for Senators and Representatives, shall be prescribed in each State by the Legislature thereof; but the Congress may at any time by Law make or alter such Regulations, except as to the **Places** of chusing Senators.

Wie etwa STORY¹ bestätigt, sind mit den hervorgehobenen *Places* die Örtlichkeiten der Stimmabgabe gemeint. Er führt dort zum vorzitierten Abschnitt 4, Unterabschnitt 1, aus, was folgt:

This clause does not appear to have attracted much attention, or to have encountered much opposition in the convention, at least so far, as can be gathered from the journal of that body. **But it was afterwards assailed by the opponents of the constitution, both in and out of the state conventions, with uncommon zeal and virulence.** The objection was not to that part of the clause, which vests in the state legislatures the power of prescribing the times, places, and manner of holding elections; for, so far, it was a surrender of power to the state governments. But it was, to the superintending power of congress to make, or alter such regulations. It was said, that such a superintending power would be dangerous to the liberties of the people, and to a just exercise of their privileges in elections. **Congress might prescribe** the times of election so unreasonably, as to prevent the attendance of the electors; or **the place at so inconvenient a distance from the body of the electors, as to prevent a due exercise of the right of choice.**

Höchst interessant ist im Übrigen, dass der letzte Halbsatz des oben zitierten Unterabschnitts (*..., except as to the Places of chusing Senators.*) nicht dem vom US-Verfassungskonvent zunächst diskutierten Verfassungs-Entwurf entsprach, was sich aus einer Kopie² desselben ergibt, wo jener nachträglich handschriftlich hinzugefügt ist, wobei der Autor dessen kein Geringerer als GEORGE WASHINGTON selbst ist.

Der semantische Hintergrund dieser Hinzufügung ist nun offenkundig der folgende:

Die Freiheit der Einzelstaaten, die ihnen mit dieser Schlussklausel eingeräumt wird, ist eine vermeintliche. Denn davon ausgehend, dass die Wahlen zum Kongress sowohl, was die Repräsentanten, als auch, was die Senatoren angeht, aus eben den oben von STORY angesprochenen praktischen Gründen am selben Tag erfolgen würden, was, zusammen mit den Örtlichkeiten der Wahlen zum Abgeordnetenhaus gesetzlich anzuordnen, außerdem in der Kompetenz des Kongresses verblieb, erwies sich die genannte Freiheit als redundant, weil, von den Örtlichkeiten der Wahlen zum Abgeordnetenhaus abweichende Örtlichkeiten der Wahlen zum Senat zu bestimmen, in höchstem

Maße unzweckmäßig, wenn nicht undurchführbar gewesen wäre.

Der einzige Sinn, der in dieser Schlussklausel somit liegen konnte, war der, auf die besondere **verfassungsrechtliche** Bedeutung der *Places* für eine dem Rechtsstaatlichkeitsprinzip und dem Wahlrecht des Volks genügende Durchführung der Volkswahlen hinzuweisen: ein genialer Zug WASHINGTONS!

Wie in einem X-Thread bereits 2020 ausgeführt³, kommt es bei der Stimmabgabe des Wählers (im Rahmen der Volkswahl) wesentlich darauf an, dass diese freien Willens und von äußeren, illegitimen Einflüssen unbeeinträchtigt erfolgen kann. Hierfür ist eine gewisse staatliche Überwachung derselben, welche dies gewährleisten soll, unabdingbar.

Eine solche Überwachung ist bei der Briefwahl gänzlich ausgeschlossen. Das Ausführen der Stimmabgabe erfolgt bei ihr zuhause oder an welchem anderen Ort auch immer, nur nicht unter staatlicher Obhut.

Auch die USA sind bekannt dafür, dass sie insbesondere in ländlichen Gegenden noch verhärtete patriarchale Strukturen aufweist, die unter den vorgenannten gegebenen Umständen die Briefwahl als nicht geheim anzusehen aufdrängen.

Mehr noch ist etwa übereifrigen Arbeitgebern als Parteigängern so ermöglicht, ihre Arbeitnehmer dazu anzuhalten, auf bestimmte Weise abzustimmen.

Von üblichen Praktiken mafiöser Strukturen erst gar nicht zu sprechen!

Die Briefwahl stellt nicht sicher, dass die Stimmabgabe frei erfolgt und ist daher mit Artikel I/4 US-C unvereinbar.

Nun könnte zunächst verwundern, dass eine der Bestimmungen des Artikels I/4 US-C entsprechende Regel in Artikel II US-C (bei der Präsidentenwahl) fehlt. Jedoch nur zunächst, wie gesagt:

Die ersten drei Unterabschnitte der Sektion 1 des Artikels II US-C lauten:

The executive Power shall be vested in a President of the United States of America. He shall hold his Office during the Term of four Years, and, together with the Vice President, chosen for the same Term, be elected, as follows:

Each State shall **appoint**, in such Manner as the Legislature thereof may direct, a Number of Electors, equal to the whole Number of Senators and Representatives to which the State may be entitled in the Congress: but no Senator or Representative, or Person holding an Office of Trust or Profit under the United States, shall be appointed an Elector.

The Electors shall meet in their respective States, and **vote by Ballot** for two Persons, of whom one at least shall not be an Inhabitant of the same State with themselves. And they shall make a List of all the Persons voted for, and of the Number of Votes for each; which List they shall sign and certify, and transmit sealed to the Seat of the Government of the United States, directed to the President of the Senate.

¹ *Commentaries*, II (1833), 280.

² LIBRARY OF CONGRESS, *George Washington Papers, Series 4, General Correspondence: Constitution, Printed, with Marginal Notes by George Washington, September 12, 1787*; <https://www.loc.gov/item/mqw435950/>.

³ <https://twitter.com/ahlambauer/status/1296110931689299971?s=20>

The President of the Senate shall, in the Presence of the Senate and House of Representatives, open all the Certificates, and the Votes shall then be counted. The Person having the greatest Number of Votes shall be the President, if such Number be a Majority of the whole Number of Electors **appointed**; and if there be more than one who have such Majority, and have an equal Number of Votes, then the House of Representatives shall immediately chuse by Ballot one of them for President; and if no Person have a Majority, then from the five highest on the List the said House shall in like Manner chuse the President. But in chusing the President, the Votes shall be taken by States, the Representation from each State having one Vote; A quorum for this purpose shall consist of a Member or Members from two thirds of the States, and a Majority of all the States shall be necessary to a Choice. In every Case, after the Choice of the President, the Person having the greatest Number of Votes of the Electors shall be the Vice President. But if there should remain two or more who have equal Votes, the Senate shall chuse from them by Ballot the Vice President.

Hier ist klar und deutlich die Rede von einer Ernennung (*Appointment*) der Elektoren durch die Einzelstaaten. Nun lässt sich die Auffassung vertreten, die Bedeutung von *to appoint* schließe nicht aus, dass zuvor (vom Volk) gewählt wird.

Allein, es heißt dort, dass nicht das Volk ernennen soll, und auch nicht die Regierungen, sondern der Staat, welcher das Volk einschließt. Damit ist die Bestimmung der Elektoren einzig durch Ernennung seitens der Regierungen bekräftigt.

Die US-Verfassung sieht eben keine direkte, sondern eine indirekte Wahl des Präsidenten vor.⁴ Dass die Einzelstaaten daraus eine direkte Volkswahl gemacht haben, indem sie Primaries abhalten und die Kandidaten der Elektoren deren Wahlverhalten im College gegenüber dem Wahlvolk versprechen lassen, ja Verstöße dagegen teils unter strafgerichtliche Verfolgung stellen, ist somit verfassungswidrig.

Sähe man dies anders, und legte man, entgegen der oben für das Gegenteil dargebotenen Argumente, das *appoint* im Artikel II US-C dahin aus, dass es Volkswahlen zu den Elektoren nicht ausschließe, müsste dafür zwingend eine Analogie zum oben besprochenen Verbot der Briefwahl gezogen werden.

II. Die Stimmabgabe der Wahlmänner im Electoral College

Indem der mit dem XII. Amendment von 1803 eingefügte, oben zitierte Dritte Unterabschnitt der Sektion 1 des Artikels II US-C vorkehrt, dass sich die Elektoren treffen und **vote by Ballot** sollen, kommt dieser Art der Stimmabgabe, etwa gegenüber einem *cast their votes by Ballot*, eine tiefere Bedeutung zu, deren Inhalt wir etwa bei MURRAY⁵ finden, wie folgt (siehe nächste Spalte):

Die Betätigung des politischen Stimmrechts hat demnach mit der Übertragung von Befugnissen unter Eid zu tun. Diese alternative Bedeutung unterstreicht, dass die Stimmabgabe per Stimmzettel mit einer Willenskundgebung, also einer Willensbildung seitens des Wählers verbunden ist bzw. eine solche jener vorausgehen muss. Und diese Willensbildung hat nach demokratischen Grundsätzen (sowie menschenrechtlich vorgegeben) frei zu sein.

Es ist kein Geheimnis, dass die öffentliche Meinung, mithin das Wahlvolk, durch die Massenmedien massiv beeinflusst wird. Dass dabei seitens der letzteren nicht immer koscher vorgegangen wird, belegen die Berichte über den Wahlkampf 2020 deutlich, und zwar vor allem betreffs des Kandidaten TRUMP, der dabei in einem Maße verunglimpft, ja nachgerade desavouiert wurde, das mit kritischer Auseinandersetzung mit dem Kandidaten nichts mehr zu tun hat.

Vote (vōt), *v.* Also 6 *Sc.* *vōitt*, *vōit*, *vōtt*; 8 *whōat*. [f. L. *vōt*-, ppl. stem of *vōvōre* to vow, to desire, or ad. med. L. *vōvāre* to devote by a vow, from the same stem. Cf. It. *votare*, Sp. and Pg. *votar*, to devote, to vote, F. *voter*, to vote (in older use from It., in mod. use from English). Before 1600 almost exclusively a *Sc.* word.]
 † 1. *intr.* To vow (to do something). *Obs. rare.*
 1533 BELLEDEUS *Livy* l. xv. (S.T.S.) l. 86 He vōit to consecrate he harness and armour of his Intemys to be god vulcane. *Ibid.* ll. ix. 163 Pe dictator. vōit to edifie ane tempil in he honour of he god Castor.
 2. *refl. and trans.* To assign by a vow; to devote religiously. Now rare.
 1533 BELLEDEUS *Livy* v. xix. (S.T.S.) ll. 211 All be agit pepill. vōit þame self wilfully to be deith for he wele of þere cuntre. 1599 WARNER *Alb. Eng.* Prose Add. (1592) 105 The Queene. vōted, euen in her better part, to the loue of Aeneas. 1627 GAULE *Magastrom.* 55 In an impiety, or (at least) temerity, of invoking, provoking, voting, devoting, imprecating. 1865 J. H. INGRAHAM *Pillar of Fire* l. xii. 123 To enumerate what met my eyes in the vases, which the common soldiers in their piety voted to the god. . . would fill the page on which I write.
 † b. To devote or consign to destruction. *Obs.*
 1676 GLANVILL *Ess. Philos. & Relig.* iv. 1 The Books of curious Arts, that were voted to Destruction by Apostolick Antiquity and Zeal.
 3. *intr.* To give a vote; to exercise the right of suffrage; to express a choice or preference by ballot or other approved means.
 1552 in *Rec. Coument. Roy. Burghs* (1870) l. 3 Their sall conuene in the Tolbuth the nuld counsle and new. . . and thair to begyn at the litis of provestre, and to vōit about throw that haille nowmer. 1637-50 ROW *List. Kirk* (Wodrow Soc.) 191 Because the brethren could not be fullie resolved for the present concerning the office of him who should vote in Parliament. 1651 HORRES *Govt. & Soc.* vii. § 2. 110 A Council. . . of all the Citizens, (insomuch as every man of them hath a Right to Vote. . .) or of a part onely. 1727 STRUKELEY in *Men.* (Surtees) 194 It will enable you however to vōat at our elections. 1765 BLACKSTONE *Comm.* l. i. ii. 167 The statutes. . . direct. . . that no person shall vote in right of any freehold granted to him fraudulently to qualify him to vote. 1790 BURKE *Fr. Rev.* 100 With a compelled appearance of deliberation, they vote under the dominion of a stern necessity. 1845 GLAISTONE *Corr. Ch. & Relig.* (1910) l. 343 The question on which they voted was chosen for them by the Board of Heads. 1887 LOWELL *Democr.* 31 The right to vote makes a safety-valve of every voter.

Die solcherart in ihrem Willen beeinflusste, ja nachgerade bestimmte Masse der Wählerschaft zwingt die Kandidaten der Elektoren dazu, um Stimmen zu gewinnen, jenem Präsidentschaftskandidaten seine Stimme im College zu geben zu versprechen, der bei den, wie gezeigt verfassungswidrigen, *Primaries* bzw. in den Medien den Vorzug erhielt. Dies unter Hintanstellung der wirklichen Überzeugung des (nachmaligen) Elektors von der superioren Eignung eines bestimmten Kandidaten, der womöglich noch nicht einmal identisch ist mit jenen, die bei den *Primaries* bzw. in den Medien favorisiert wurden.

Schon die weithin praktizierte Erwartung (des Wahlvolkes bzw. der autoritativen Öffentlichkeit), der Elektor werde im College so abstimmen, wie er im Wahlkampf zu den *Elections* versprochen hat, ist daher massiv verfassungswidrig; dies umso mehr auch noch die Strafdrohung, welcher ein Verstoß gegen dieses Versprechen in manchen Staaten unterliegt.

Auch die solcherart praktizierte Wahl des US-Präsidenten ist daher auch aus diesem Grund verfassungswidrig.

Arthur Lambauer

⁴ Siehe dazu auch meine Arbeit schon aus 2020; <https://arthurlambauer.files.wordpress.com/2022/06/2020-some-reflections-to-the-on-going-us-presidential-elections-part-iii.pdf>.

⁵ *A New English Dictionary on Historical Principles*, X/2 (1928), 314.